



Pressemitteilung

Berlin, 10. August 2012

Neue Dimension der Unverfrorenheit bei den Krankenkassen

Hartmannbund empört über Verlautbarungen zur Absenkung der Ärztehonore

Als einen Vorgang von bisher nicht gekannter „Qualität“ bezeichnete der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, die Forderungen der Krankenkassen, den Orientierungspunktwert auf 3,25 Cent zu drücken. „Einen Punktwert, der seit 1996 mit 5,11 Cent die Kalkulationsbasis des EBM ist und von dem 2011 tatsächlich nur 3,5048 Cent im Rahmen der Regelleistungsvolumina zur Auszahlung gelangt sind, nunmehr für 2013 auf einen Wert von 3,25 Cent absenken zu wollen, setzt schon eine unglaubliche Chuzpe der handelnden Personen voraus“, so Dr. Reinhardt.

Eine selbst in Auftrag gegebene Studie, deren alleiniges Ziel es ist, Kosteneinsparungen herauszuarbeiten, dabei die Inflation unberücksichtigt lässt und teilweise aus vagen Schätzungen dezidierte Forderungen ableitet, als Argumentationsbasis für solch absurde Forderungen heranzuziehen, sei schlicht unseriös. Ein derartiger „wissenschaftlicher“ Ansatz setze entweder Mutwilligkeit beim Ignorieren von Fakten oder aber eine durch die Eurokrise eingetrübte Wahrnehmung von Zahlen voraus.

Dr. Reinhardt: „Es geht bei diesen Diskussionen fälschlicherweise viel zu oft lediglich um die Kostenstruktur statt um eine Diskussion über die Sicherstellung der Versorgung und eine angemessene Vergütung ärztlicher Tätigkeit. Nachdem jahrzehntelang nicht einmal ein kostendeckender Inflationsausgleich erfolgt ist, sollen

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Petra Schröter (Sekretariat)
Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Kurfürstenstr. 132
10785 Berlin
Telefon: 030 206208-0
Telefax: 030 206208-29
E-Mail: hb-info@hartmannbund.de
Internet: www.hartmannbund.de

zunehmender Kürzungen von acht Prozent vorgenommen werden. In Zeiten eines bereits vielerorts bestehenden Ärztemangels und zunehmender Schwierigkeiten, den ärztlichen Nachwuchs für eine kurative Tätigkeit zu gewinnen, muss ein solches Verhalten der Krankenkassen, die vorgeben, Interessen der Patienten und Versicherten zu vertreten, als verantwortungslos bezeichnet werden."